

Die ersten Beschwerden sind eingegangen

Datenschutz Drei Beschwerden sind bei der Datenschutzstelle seit der unmittelbaren Geltung der DSGVO im EU-Raum ab dem 25. Mai eingegangen. In allen Fällen wird Liechtensteiner Stellen Datenverarbeitung ohne Rechtfertigungsgrund unter der DSGVO vorgeworfen.

Oliver Beck
obeck@medienhaus.li

Noch ist die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Liechtenstein nicht unmittelbar anwendbar. Das wird erst dann der Fall sein, wenn die Übernahme ins EWR-Abkommen – voraussichtlich Mitte Juli – abgeschlossen ist. Die Schatten, die sie vorauswirft, sind im Fürstentum allerdings jetzt schon mehr als nur schemenhaft zu erkennen. Denn Relevanz haben die Bestimmungen aus Brüssel allemal, insbesondere für Liechtensteiner Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen zu EU-Bürgern unterhalten.

Da die Datenschutzgrundverordnung für Einwohner von EU-Staaten seit vergangener Freitag Gültigkeit besitzt, muss eine Verarbeitung ihrer Daten auch ausserhalb der EU-Grenzen, beispielsweise in Liechtenstein, DSGVO-konform sein. Ist dem nach Ansicht eines Betroffenen nicht so, hat er die Möglichkeit, dagegen Beschwerde zu erheben – entweder bei einer Aufsichtsbehörde in seinem Aufenthaltsstaat oder bei einer Behörde in jenem Land, in dem der Verantwortliche seinen Sitz hat.

Zwei Beschwerden aus dem EU-Raum

Drei derartige Meldungen sind bei der hiesigen Datenschutzstel-



Der Datenschutzstelle Liechtenstein liegen aktuell drei Beschwerden wegen Verletzung der DSGVO-Bestimmungen vor.

Bild: iStock

le seit dem ominösen 25. Mai eingegangen, wie Liechtensteins Datenschutzbeauftragte Marie-Louise Gächter auf Anfrage bestätigt. «In allen drei Fällen gibt der Beschwerdeführer an, von einer Datenverarbeitung durch eine Liechtensteiner Stelle betroffen zu sein, für die ein Rechtfertigungsgrund gemäss Art. 6 der

DSGVO fehlt.» Sprich: Die Verwendung persönlicher Daten soll ohne rechtliche Grundlage stattgefunden haben. Zwei der Beschwerden, so Gächter, stammen von EU-Bürgern, die dritte wurde von einem Liechtensteiner eingereicht. Detailliertere Angaben kann die Datenschutzbeauftragte nicht machen.

Die Datenschutzstelle wird nun «genauere Unterlagen von den Betroffenen» anfordern, erklärt Gächter das weitere Vorgehen. Anschliessend müsse zuvorderst geklärt werden, ob sich die einzelnen Fälle überhaupt nach dem 25. Mai zugetragen hätten. «Das ist natürlich von zentraler Bedeutung.» Träfe das zu, wäre ein Zu-

gehen auf die entsprechende datenverarbeitende Stelle der nächste Schritt.

Sanktionen sind kein Thema

Eine Bestrafung, das steht unabhängig vom Ergebnis der Abklärungen fest, hat keine von ihnen zu befürchten. Die Datenschutz-

stelle Liechtenstein sei gegenwärtig überhaupt nicht befugt, Sanktionen zu verhängen, erklärt Gächter. Das sei erst möglich, wenn das nationale Datenschutzgesetz in Kraft getreten sei, womit Ende Jahr zu rechnen sein dürfte. Doch auch bei einer anderen Rechtslage, betont die oberste Datenschützerin des Landes, wäre ihr kaum etwas daran gelegen, mit eisernem Besen zu kehren. Gerade in dieser frühen Phase eines neu geregelten Datenschutzes sei ein konsensorientiertes Handeln ungemein wichtig, ist sie überzeugt. Natürlich steht bei Feststellung einer Verletzung die Notwendigkeit einer zufriedenstellenden Lösung für die Betroffenen ganz vorne.

Löschen und bestätigen

Ein Ansatz bestünde in Marie-Louise Gächters Augen etwa darin, die Daten zu löschen, einzuschränken oder zu berichtigen und dem Beschwerdeführer den erfolgreichen Vorgang zu bestätigen. «So bleibt das Recht ohne grossen Aufwand gewahrt.» Ein solches Vorgehen oder zumindest eines mit der gleichen Stossrichtung schwebt ihr auch bei den aktuellen Beschwerden vor – vorausgesetzt, sie erweisen sich als berechtigt. «Und ich bin zuversichtlich, dass uns das auch gelingen wird.»

«Humanistisches Weltbild geht zunehmend verloren»

Seminar In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Die Ärztekammer rief im Rahmen des UFL-Seminars «Weiterentwicklung des Gesundheitswesens» dazu auf, diese Frage zu beantworten und zurück zu mehr Solidarität und Menschlichkeit zu kehren.

Die Liechtensteinische Ärztekammer sieht ihre Ärzte in ein Korsett gezwängt, das immer enger wird. Die Medizin werde zunehmend verstaatlicht, immer mehr Ärzte müssten ihr berufliches Handeln dem Druck anpassen, der von «ausser» kommt. «Das kann es nicht sein!», so die klare Folgerung von Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian. Sie sorgte mit ihren Ausführungen zum Thema «Ambulante ärztliche Versorgung» im wahrsten Sinne des Wortes für einen fulminanten Abschluss einer spannenden Seminarreihe, die während der vergangenen Monate zahlreiche Impulse für die Weiterentwicklung des liechtensteinischen Gesundheitswesens in verschiedensten Bereichen lieferte. Die Abschlussveranstaltung, an welcher die Ergebnisse sämtlicher Veranstaltungen präsentiert werden, findet am 30. August in der Musikschule in Triesen statt. Allenfalls werden dann bereits erste

Stellungnahmen vonseiten der Politik abgegeben bzw. eruiert, ob sich Lösungsansätze abzeichnen, die weiterverfolgt werden sollen.

«Bereicherung auf Kosten der Bürger»

Besonders die Ohren gespitzt haben dürfte gestern Abend Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini, als Ärztekammer-Präsidentin Ruth Kranz-Candrian ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, dass das Vertrauen zwischen Ärzten und Politik nach den «Vertrauensbrüchen» der vergangenen Jahre wieder aufgebaut werden kann. Sie wolle den Abend als ersten Schritt dazu nutzen, komme aber auch nicht umhin, kritische Anmerkungen anzubringen. So zeigte sie denn auf, was ihres Erachtens in den vergangenen Jahren zum Unmut bei den Ärzten geführt hat und warum sich die Gesundheitsversorger in einem Korsett eingeschnürt sehen, das ihnen zunehmend zu schaffen



Referierten zum Thema «Ambulante ärztliche Versorgung»: Claudio Canova, Marc Risch, Ulrike Garber, Seminarleiter Bernhart Güntert und Ruth Kranz-Candrian (v. l.).

Bild: Daniel Schwendener

macht. So machte sie klar, dass Ärzte Unternehmer sind, ihnen vom Staat allerdings nicht alle unternehmerischen Freiheiten zugestanden werden. Die Arbeitsbedingungen würden immer schlechter, die OKP-Verträge würden unter den Ärzten eine

Zwei-Klassen-Gesellschaft schaffen und die Bedarfsplanung stark einschränken die Praxistätigkeit ein. Ruth Kranz-Candrian zeigte sich kämpferisch wie eh und je und kann nicht nachvollziehen, dass ein reiches Land wie

Liechtenstein auf Kosten der Kranken und des unteren Mittelstandes Sparübungen betrieben hat und noch immer betreibt. «Wollen wir ein solches Land sein? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wir befinden uns doch nicht in der finanziellen Not,

uns für eine der Gesellschaftsschichten zu entscheiden.»

«Adäquate staatliche Finanzierung»

Die Ärztekammer-Präsidentin forderte gestern deshalb klar die Rückkehr zu einer adäquaten staatlichen Finanzierung – nicht zuletzt mit Verweis auf die Verfassung, wonach die oberste Aufgabe des Staates die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt ist. Sie fordert zudem, wirksame Präventionsarbeit zuzulassen, ohne als Arzt das Risiko eingehen zu müssen, ein WZW-Verfahren als «Druckmassnahme» zu «kassieren». Weiters wünscht sie sich von der Politik, dass sie die nationalen Interessen vertritt, ihre Wertschätzung gegenüber den Fachkräften zum Ausdruck bringt – die Ärzteschaft soll nicht mehr in Misskredit gezogen werden – und den Gesundheitsstandort Liechtenstein stärkt.

Desirée Vogt

buskers

BUSKERS
STRASSENKUNSTFESTIVAL

MIT VERPFLEGUNGSSTÄNDEN

www.buskers.li f / buskersliechtenstein

2. & 3. Juni 2018 in Vaduz

SCHLOSSLE
KELLER

ERLEBE
VADUZ

Eine Kooperation von